

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2024

20. Dezember 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

Seit meinem letzten Newsletter von Anfang November sind einige eklatante Dinge geschehen. Meine Hoffnung, dass die Demokraten die US-Wahlen gewinnen, wurde leider enttäuscht. Am 20. Januar wird Donald Trump seine zweite Amtszeit im Weißen Haus antreten. Welche Konsequenzen das für uns in Baden-Württemberg, Deutschland, Europa und auch weltweit mit sich bringen wird, müssen wir abwarten. Klar ist aber, dass wir sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch unabhängiger von den USA werden müssen. Europa muss noch stärker zusammenstehen und nach neuen Partnern und Verbündeten schauen. Gerade unsere stark auf den globalen Markt ausgerichtete, exportorientierte Wirtschaft wird Baden-Württemberg vor weitere riesige Herausforderungen stellen.

Im Bund bringt das Ende der Regierungskoalition zwischen SPD, Grünen und FDP ebenfalls eine neue Gemengelage. Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Vertrauensfrag gestellt, denn eine vernünftige Regierungsarbeit war mit Finanzminister Christian Lindner und seiner Partei auf keinen Fall mehr möglich. Somit ist der Weg frei für Neuwahlen am 23. Februar. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wer in den kommenden vier Jahren die Politik in Deutschland gestalten wird.

Die vorgezogenen Wahlen bringen einen vorgezogenen, kurzen und sicher harten Wahlkampf mit sich. Mit dem Wahlprogramm der SPD werben wir vor allem für soziale Sicherheit durch gute Löhne und stabile Renten. Unsere Wirtschaft werden wir modernisieren und unterstützen, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, ohne dabei schwer errungene Sozialstandards abzubauen, wie CDU/CSU und FDP dies in ihren Programmen for-

dern. Wir stehen vor großen Aufgaben und müssen, um diese zu bewältigen, wieder mehr Politik wagen. Die Marktgläubigkeit von CDU/CSU und besonders der FDP wird unser Land nicht weiterbringen, was die sich zuspitzende Misere auf dem Wohnungsmarkt bestens zeigt.

Auch die grün-schwarze Landesregierung sollte endlich mehr Politik wagen und das Stillhalteabkommen ihrer „Komplementärkoalition“ beenden. Obwohl diese Woche mit fast 135,5 Milliarden Euro der bisher größte Landesetat in der baden-württembergischen Geschichte verabschiedet wurde, fehlen darin entscheidende Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Dafür muss deutlich mehr investiert werden in Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Bildung, Wohnungsbau und in unsere Kommunen. Die Ausrede, es sei kein Geld da, akzeptieren wir nicht! Ich habe schon oft darauf hingewiesen und werde das auch immer wieder sagen: Geld ist genug da! Milliarden schwere Rücklagen und Jahr für Jahr aufwachsende Haushaltsreste könnten Grün-Schwarz sehr wohl befähigen, endlich mehr zu tun. Doch dazu braucht es einen gemeinsamen politischen Willen. Und es reicht auch nicht, stets mit dem Finger nach Berlin zu zeigen. Hier muss Baden-Württemberg als eines der reichsten Länder selbst aktiv werden. Andere Bundesländer gehen mit guten Beispielen voran.

Ich möchte mich an dieser Stelle nicht für dieses Jahr verabschieden, ohne mit Hoffnung nach Syrien zu schauen. Auch wenn die Lage dort bei weitem noch unklar ist und mit dem Sturz des Assad-Regimes Recht und Ordnung nicht automatisch wieder hergestellt sind, so wünsche ich den Menschen, dass bald ein friedlicher Wiederaufbau ihres Landes möglich wird.

Ich wünsche Euch, Euren Familien und Freunden eine frohe Weihnachtszeit, besinnliche und erholsame Stunden im Kreis Eurer Lieben und einen guten Rutsch in ein hoffentlich gutes Jahr 2025!

Euer Andreas Stoch

Landesparteitag in Offenburg



Auf unserem Landesparteitag am 16. November in Offenburg haben wir gezeigt, dass die SPD Baden-Württemberg mit klarem inhaltlichem Profil und geschlossen in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf geht. Personell setzen wir auf Kontinuität. Als Landesvorsitzender wurde ich mit 93,9 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Als Generalsekretär wiedergewählt wurde Sascha Binder mit 78,2 Prozent. Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden Jasmina Hostert (87,5 Prozent), Dr. Dorothea Kliche-Behnke (83,5 Prozent), Parsa Marvi (83,3 Prozent) und Rita Schwarzelühr-Sutter (82,2 Prozent) gewählt. Schatzmeister bleibt Karl-Ulrich Templ (92,6 Prozent). Mit dem Leitantrag „Zukunft. Gemeinsam. Machen“ zeichnen wir den Weg vor, wie wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit in Baden-Württemberg Hand in Hand gehen. In meiner Rede vor 500 Genossinnen und Genossen machte ich deutlich, dass wir kein Schuldenproblem haben, sondern ein Investitionsproblem. Das sieht man im Vergleich zu anderen Ländern und das hört man aus der Wirtschaft ganz deutlich. Und wenn wir das der CDU immer noch erklären müssen, dann frage ich mich schon, wie die sich Wirtschaftskompetenz auf die Fahne schreiben wollen. Mit Blick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird es um eine Richtungsentscheidung gehen: Diese Wahl entscheidet zwischen Olaf Scholz und Friedrich Merz, aber vor allem zwischen einer Politik für Morgen und einer Retro-Politik aus den 1980ern. Es geht um Wirtschaftspolitik für Reiche mit Merz oder Politik für alle Leistungsträger mit der SPD.



Fotos: SPD Baden-Württemberg (Ansgar Wörner)

Unsere Landesliste für den Bundestag

Am 15. Dezember hat die SPD Baden-Württemberg ihre Landesliste für die Bundestagswahl aufgestellt. Starke Kandidierende treten für soziale Politik im Bund an. Auf der Landesvertreterversammlung in Schwäbisch Gmünd wählten die 320 Delegierten unsere Bundesvorsitzende Saskia Esken mit 88,6 Prozent der Stimmen auf den ersten Platz der Landesliste. Saskia Esken schwor die Partei auf einen kurzen und intensiven Wahlkampf ein: „Wir gehen kämpferisch in diese Wahl. Denn wenn wir kämpfen, können wir diese Wahl gewinnen. Wir wollen mit Olaf Scholz an der Spitze die nächste Bundesregierung anführen.“ Die Aufgaben der Politik seien klar: Die Wirtschaft brauche Sicherheit und Orientierung sowie gute und verlässliche Rahmenbedingungen bei den Energiepreisen, der Innovationsförderung, beim Bürokratieabbau, bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und guten und verlässlichen Marktbedingungen, zum Beispiel für die E-Mobilität.



Als SPD-Landesvorsitzender verdeutlichte ich in meiner Rede, wen die SPD mit ihrer Politik im Blick hat. Wir machen Politik für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in diesem Land. Für die 46 Millionen Menschen, die arbeiten und den Laden am Laufen halten. Für die Rentnerinnen und Rentner, die sich ihren Ruhestand mehr als verdient haben. Und für die Leistungsträger von Morgen. Ein Schwerpunkt sind dabei die Investitionen für die Wirtschaft, denn die Weltpolitik schlägt bei uns in Baden-Württemberg besonders durch. Wenn weltweit die Nachfrage schrumpft, wenn Abschottung und Zölle dazukommen, dann trifft das Baden-Württemberg härter als fast jede andere Region in Europa.

Liste der Kandidierenden



Fotos: SPD Baden-Württemberg (Ansgar Wörner)

Haushaltsaussprache der Fraktionen

In der 109. Landtagssitzung am 11. Dezember fand die Generalausprache der Fraktionen in Zweiter Lesung zum Doppelhaushalt 2025/2026 mit der Beratung des Einzeletats des Staatsministeriums statt. (Auszug aus meiner Rede)

„Herr Ministerpräsident, Sie sind inzwischen 14 Jahre im Amt als erster grüner Regierungschef in Deutschland. Grüner ist Baden-Württemberg deswegen nicht geworden, jedenfalls nicht grüner als jedes andere Bundesland. Gerade bei Ihren Kernanliegen sind wir weit hinter vielen anderen Ländern zurück. Das ist schlecht für Baden-Württemberg. Denn wenn wir für unsere Wirtschaft die besten Voraussetzungen schaffen wollen, brauchen wir eine funktionierende Energiewende. Doch bei neuen Windrädern liegen wir weit zurück mit den lumpigen acht in diesem Jahr, wo Sie doch 100 versprochen hatten. Eine miserable Bilanz! Ebenso haben Sie 350 km Radschnellwege versprochen. Tatsächlich gebaut wurden 19 km. Das ist eine Bankrotterklärung für grüne Verkehrspolitik! Und wenn Sie nicht mal bei Ihren ureigensten Zielen abliefern, was soll bei den anderen wichtigen Themen kommen? Die Wohnungsnot schadet dem ganzen Land und treibt unsere Gesellschaft auseinander. Aber Ihr eigens dafür geschaffenes Ministerium legt trotz der im Haushalt zu findenden leichten Erhöhung der Wohnraumförderung immer noch weniger Geld auf jeden Bundeseuro als jedes andere Bundesland. Sie haben sich auch wortreich für Ihre Bildungspolitik gelobt, aber es fehlen 60.000 Kitaplätze im Land. In den neun Jahren, in denen Grün-Schwarz regiert, sind wir bei den Bildungsrankings immer weiter in den Keller gerutscht – nicht zu reden von mangelnden Ganztagsangeboten, immensem Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall auf Rekordniveau. Wir haben in den vergangenen Jahren häufig den Vorwurf gehört, dass im Bund zu wenig passiert. Doch sollte das Land sich fragen, was es selbst besser machen kann. Was immer die Landesregierung will, es kommt stets was dazwischen: mal der böse Bund, die böse Bürokratie oder die bösen Bürgerinnen und Bürger. Und wenn mal keine Schuldigen gefunden werden, dann rechnen Sie eines der wohlhabendsten Länder der gesamten Bundesrepublik arm und behaupten, Sie haben kein Geld, während Sie es in Ihre Rücklagen stecken. Wir erleben fundamentale Umbrüche und Krisen, Krieg und wirtschaftliche Verwerfungen, die Baden-Württemberg mit seiner Wirtschaftsstruktur und Exportorientierung besonders treffen. Niemand kann weitermachen wie bisher. Sie haben schon viel wertvolle Zeit verspielt, aber jetzt verspielen Sie die Zukunft unseres Landes. Wachen Sie auf und handeln Sie jetzt!

Beratung Bildungshaushalt

In der 111. Sitzung des Landtags am 13. Dezember wurde der Einzeletat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport diskutiert, der mit einem Rekordvolumen von 29 Milliarden der größte Einzeletat ist.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD, Dr. Stefan Fulst-Blei, warf der Landesregierung vor, jahrelang ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden zu sein: „Sie haben zu spät und nur unter massivem Druck gehandelt. Druck von Eltern, die ein Ende des G8-Bulemielernens gefordert haben. Druck von Leistungsvergleichen, bei denen das Land auf schlechtem Niveau verharrt. Druck von GEW, Verbänden und Landeseltern- und Schülerbeirat, die auf 1.500 fehlende Lehrkräftestellen verweisen. Druck von Kommunen und Öffentlichkeit, die sich gegen eine völlig schräge Vergabe von Fördermitteln für den Ganztagschulausbau gewehrt haben. Doch Reaktion auf Druck hat nichts mit einem Plan oder Ideen für mehr Bildungsgerechtigkeit zu tun.“ Er forderte Grün-Schwarz auf, endlich die zentralen Probleme im Bildungsbereich anzugehen. Die SPD habe in den Haushaltsberatungen drei Themen adressiert: Sie fordert eine Unterrichtsgarantie und will den Schulen nachhaltig bei der Bewältigung der Corona-Folgen helfen. Dazu brauche es 1.000 zusätzliche Lehrkräftestellen, den Ausbau der Schulpsychologie und den vollständigen Erhalt des „Rückenwind“-Programms. Die SPD will Familien mit kostenlosen Mittagessen für alle Kinder in Kitas und Schulen entlasten. Sie fordert, den Fachkräftemangel in den Kitas endlich anzugehen. Dafür habe sie umfassende Maßnahmen vorgeschlagen, die alle abgelehnt wurden, z.B. Bonuszahlungen für Teilzeitaufstockung und die Rückkehr von Erzieherinnen sowie eine PIA-Offensive. Geld werde nur in die Hand genommen, wenn der Bund kräftig mitfinanziert, wie beim Startchancen-Programm, oder wenn der Druck zu groß wird, wie beim G9. Der Ministerpräsident habe sich zu wenig um die Bildungspolitik als zentrale Aufgabe des Landes gekümmert und eine Bildungsallianz mit SPD und FDP an die Wand gefahren. „Die dem Haushalt zugrunde gelegten Prognosen für die Schülerzahlen sind um rund 28.000 zu niedrig. Es fehlen 1.000 bis 1.500 Lehrkräftestellen“, so Fulst-Blei. „Mit 300 zusätzlichen Stellen wurde gerade einmal ein Fünftel der notwendigen Stellen nachverhandelt. Doch nicht einmal die Mittel für diese 300 Stellen stellen Sie dem Kultusministerium bereit, sondern kürzen bei der Vertretungsreserve und bei „Rückenwind“. Das ist beschämend und verantwortungslos! Sie sind die Koalition des Unterrichtsausfalls und der fehlenden Kitaplätze!“

Mein Podcast: Soundcheck Politik



Der Podcast mit
ANDREAS STOCH

JEDEN ZWEITEN
FREITAG AUF ALLEN
PODCASTPLATTFORMEN

Es soll politisch sein, es soll musikalisch sein, und vor allem soll es gute Stimmung verbreiten. In meinem Podcast „Soundcheck Politik“ diskutiere ich alle zwei Wochen mit wechselnden Gästen über die großen und kleinen politischen Fragen unserer Zeit. Dabei geht es aber nicht nur um aktuelle politische Herausforderungen, sondern auch um Musik und die persönlichen Leidenschaften meiner jeweiligen Gäste. Der Podcast ist bei Spotify, Apple Podcasts und anderen gängigen Podcast-Plattformen zu hören. Oder am besten gleich abonnieren, um keine neue Folge zu verpassen. Meine bisherigen Gäste waren u.a. unser Parteivorsitzender Lars Klingbeil, die Hanke Brothers, die Präsidentin des VdK Verena Bentele, der Chefökonom der LBBW Dr. Moritz Krämer, der Leiter der Popakademie Baden-Württemberg Derek von Krogh und Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Frank Brettschneider.

Christian Moser: 65 Jahre in der SPD



Für 65 Jahre SPD-Mitgliedschaft konnte ich den Hermaringer Genossen Christian Moser ehren. Er erhielt die Goldene Ehrennadel der SPD. Gemeinsam mit Bernd Görlach, Vorsitzender der SPD Hermaringen, überreichte ich die Ehrungsurkunde und ein kleines Präsent.

Cornelia True kandidiert für Bundestag

Nachdem Leni Breyer nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidiert, tritt die SPD bei der vorgezogenen Neuwahl des Bundestags am 23. Februar 2025 mit der stellvertretenden Vorsitzenden unseres SPD-Kreisverbands Cornelia True als Direktkandidatin für den Wahlkreis Aalen/Heidenheim an. Bei der Mitgliederversammlung Ende November wurde sie mit überzeugenden 92 Prozent gewählt. Meinen herzlichen Glückwunsch dazu!

Für ihre Bewerbungsrede bekam sie viel Beifall: „Die SPD steht seit über 150 Jahren für soziale Gerechtigkeit, für Gleichstellung und für die Belange der hart arbeitenden Mehrheit. Ich bin froh, dass wir in Olaf Scholz einen erfahrenen, besonnenen Kanzler haben, der uns ruhig – manchmal nach außen hin vielleicht zu ruhig – durch wilde Gewässer steuerte. Und ich will ganz sicher keinen Hitzkopf ohne jede Regierungserfahrung im Kanzleramt, dessen wirtschaftlicher Hintergrund nahelegt, dass er uns weiter in die Arme des Neoliberalismus treiben und die Schere zwischen armen und reichen Menschen nur immer weiter öffnen wird.“ Die politischen Schwerpunkte, die sie nach Berlin tragen will, sind insbesondere der Ausbau und die Verbesserung der Bildungsangebote, die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, gerechte Besteuerung für Reiche und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation. Sie fordert außerdem, die überholte Schuldenbremse zu reformieren, um notwendige Investitionen wieder möglich zu machen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de